

# nachrichten

Dezember  
2020



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages  
und des Europäischen Parlaments e. V.

## Editorial

Geschäftsführerin  
Rita Pawelski

## Ansprache Präsidentin

Dr. Edith Niehuis

## Informationen

Personalien

## Berichte / Erlebtes

Brexit

EU-Ratspräsidentschaft

US-Wahl

European Parliament  
Former Members  
Association

Europäische Assoziation

Wahlrechtsreform

Mein Leben danach

## Erlesenes

## Aktuelles

## Jubilare

## Ehemalige grüßen aus nah und fern



## Editorial



Es ist immer noch da, das Virus, Corona, COVID-19 oder wie immer man die unsichtbare Geisel nennt, die die Menschen seit einem Jahr im Griff hat. Weltweit haben sich über 61 Millionen infiziert, 1,5 Millionen starben an oder mit dem Virus. Ja, Corona hat die Welt verändert, auch unser Land. Die Straßen sind ungewöhnlich leer, Kinos, Konzerte, Opern, Theater... alles geschlossen. Restaurants bleiben zu, und Weihnachtsmärkte werden erst gar nicht aufgebaut. Es ist, als ob ein Grauschleier sich über unser Land gelegt hat. Alle Anstrengungen, das Virus endlich in Griff zu kriegen, scheiterten bislang. Ein Lockdown hat die Ausbreitung eingedämmt, aber nicht zurückgefahren.

Es ist zum Verzweifeln. Wir sehen, dass um uns herum Unternehmen, vor allem der Einzelhandel, die Gastronomie und die Hotellerie in die Knie gehen. Wie lange halten sie das noch durch? Die Politik hilft. In Deutschland wird mehr Geld in die Unterstützung der Wirtschaft investiert als im Rest Europas zusammen. Das ist eine gute Nachricht, und trotzdem bleibt die Angst: wie sieht es in den nächsten Monaten aus? Die Menschen haben nicht nur Angst vor einem Einbruch der Wirtschaft, der unweigerlich verbunden ist mit dem Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch vor einer Vereinsamung, vor dem Gefühl, isoliert zu sein, sich nicht mehr spontan mit anderen Menschen zu treffen.

Die große Hoffnung ist ein Impfstoff. Drei Forschungsergebnisse haben bislang alle Prüfungen bestanden und kommen hoffentlich noch in diesem Jahr auf den Markt. Pläne sind erarbeitet, wer als erstes geimpft werden soll, Impfzentren sind eingerichtet. Deutschland steht bereit und wartet hoffnungsvoll auf den Impfstoff.

Auch wir, Ihre Mitarbeiterinnen der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten, hoffen auf bessere Zeiten. Alles, was wir für 2020 geplant haben, fiel Corona zum Opfer. Jetzt planen wir Veranstaltungen auf Abruf. Wir werden sofort starten, wenn wir wieder dürfen... mit Veranstaltungen und Reisen. Irland wartet immer noch auf uns!

Wir wollen uns wieder mit Ihnen treffen. Denn eines ist uns klar geworden: Videokonferenzen, Telefongespräche oder Mails ersetzen nicht das persönliche Gespräch, das Miteinander... Vielleicht ist das eine positive Erkenntnis dieser schrecklichen Pandemie. Die Menschen brauchen einander, direkt und auch spontan und nicht nur virtuell. Sie wollen sich sehen, sie wollen sich die Hand geben, auch mal umarmen. Wir sind halt keine Computer, und das ist gut so.

Ich wünsche allen ein friedvolles, gesegnetes Weihnachtsfest und ein Jahr 2021, das uns endlich von Corona befreit und uns ein Stück Normalität zurück bringt. Ich wünsche Ihnen Gesundheit, Glück und Wohlergehen und freue mich heute schon auf unser nächstes Treffen.

Ihre

## Informationen

### Termine

... stehen noch in den Sternen.



Sobald wir wieder klarer sehen, nehmen wir die Planung auf.

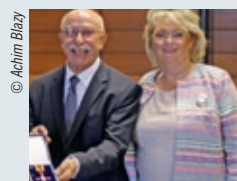
### Personalien



© Matthias Ahlke

**Dr. Peter Paziorek**, Parl. Staatssekretär a. D., wurde im Sommer mit dem Bundesverdienstkreuz am

Bande ausgezeichnet. Er erinnerte u. a. an seine hektische Zeit in Berlin, bei der die Familie viel abgefangen hat. Die Hälfte des Ordens widme er daher seiner Frau.



© Achim Blazy

Das Bundesverdienstkreuz am Bande ging ebenfalls an **Detlef Parr**. An der Seite seiner Ehefrau überreichte man dem

FDP-Politiker den Orden für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement u. a. in der Sportförderung.



© taz

ClientEarth – Anwälte der Erde zählt zu den sechs Nominierten für den Panter Preis 2020. In diesem Jahr zeichnete die Taz Menschen aus, die sich für den Klimaschutz einsetzen. Wir gratulieren **Prof. Dr. Hermann E. Ott** und seinem Team zu dieser Auszeichnung.

**Hiltrud Lotze** (SPD) ist über die Landesliste Niedersachsen in den Deutschen Bundestag nachgerückt.

## Liebe Kollegen und Kolleginnen,

die Bekämpfung von Pandemien erfordert zügiges Handeln und keine langwierigen Debatten. Das ist für Demokratien eine besondere Herausforderung und könnte die Exekutive dazu verleiten, sich der lästigen Begleitung durch das Parlament zu entledigen.

Weil das Volk aber aktiv mitmachen muss, ist die Regierung besonders auf dessen Vertrauen angewiesen, und es wäre unklug, gerade dann die Volksvertretung zu übergehen. Der Deutsche Bundestag pocht aus diesem Grund zu Recht auf sein Mitspracherecht im Kampf gegen die Pandemie, auch um es dem einfältigen Populismus zu erschweren, auf Stimmenfang zu gehen.

2011 war das Wort „Stresstest“ das Wort des Jahres; auch ohne Pandemie werden unsere Demokratien ihm immer wieder unterzogen. Nicht die Diktatur, sondern jene Staatsform, die am ehesten breiten Wohlstand generiert, muss sich stets aufs Neue bewähren. Man könnte meinen, Demokratien hätten außergewöhnliche Bewährungsproben nicht nötig, weil das ihnen innewohnende System von „check and balances“ sie hinreichend widerstandsfähig und von Diktaturen unterscheidbar machen würde.

So verfügt die amerikanische Demokratie über drei Säulen - Präsident, Kongress und Oberstes Gericht -, die für „check and balances“ stehen. Dennoch hatte man in den letzten vier Jahren den Eindruck, der US-Präsident habe freie Hand, Verträge zu brechen, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu zerstören und Verschwörungstheorien zu verbreiten, möglicherweise illegitim die ganze Macht zu ergreifen. Man hörte die kritischen Stimmen der Minderheit im Kongress, aber die Kontrolle durch die den Präsidenten stützende Mehrheit, die Republikanische Partei, war wenig sichtbar. Erst die Notbremse, die Abwahl des Präsidenten durch das Volk, setzte dem bedenklichen Treiben ein Ende. So hat die „älteste Demokratie“ den Stresstest doch noch bestanden.

Die Kontrollfunktion durch „check and balances“ funktioniert natürlich nur, wenn jede Säule die ihr zugeordnete Aufgabe auch erfüllt. Der Staatsrechtler Friesenhahn meinte 1957: „Staatsleitung stehe Regierung und Parlament gewissermaßen zur gesamten Hand zu.“ Mehrheitsfraktionen in den Parlamenten sind also nicht nur Steigbügelhalter der Regierung, sondern der gesamten politischen Führung verpflichtet, was auch Kritik an der eigenen Regierung einschließt.

Auch europäische Demokratien müssen immer wieder Herausforderungen bestehen. Als der englische Premier Johnson 2019 das Parlament kurzerhand in eine längere Zwangspause schickte, weil es ihm beim Brexit lästig wurde, stoppte ihn das noch recht junge Oberste Gericht Großbritanniens. Die „Mutter der modernen Demokratien“ hatte den Stresstest bestanden.



Junge Demokratien tun sich mit „check and balances“ schwerer, wie die Beispiele Polen und Ungarn zeigen. Obwohl die Regierungen die demokratische Struktur gefährden, indem sie z.B. die Rechtstaatlichkeit durch Schwächung der Justiz untergraben, werden sie bisher weder im Parlament noch durch Wahlen daran gehindert. Diese Demokratien bestehen den Stresstest noch nicht, obwohl sie zur EU gehören, die auf ihr Wertesystem stolz ist.

Auch die junge deutsche Demokratie der Weimarer Republik bremste niemand. Es versagte zunächst das Parlament und dann das Volk – und die Demokratie war am Ende.

Deutschland ist immer noch eine recht junge Demokratie, aber ihre Verfasstheit fußt auf prägenden schlechten Erfahrungen aus dem Scheitern der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur. Unter dem wachen Auge der Alliierten flossen diese in das Grundgesetz ein.

Dennoch ist keine Demokratie unverwundbar. Es ist gut, wenn wir uns gerade in Pandemiezeiten dessen bewusst sind. Ich wünsche Ihnen, dass Sie auch in dieser Zeit glückliche Weihnachtstage und ein gutes Jahr 2021 haben werden.

Ihre

# BREXIT

Happy ending? Hopefully.



**Winston Churchill** war es, der 1946 die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa als schlüssige politische Konsequenz von zwei Weltkriegen forderte und sah Großbritannien gemeinsam mit den USA als Förderer dieses säkularen Prozesses. Als die Pariser Verträge im Deutschen Bundestag zur Abstimmung anstanden, um die west-europäische Einigung zu begründen, enthielt sich ein junger Bundestagsabgeordneter seiner Stimme, weil Großbritannien sich nicht daran beteiligte – **Helmut Schmidt**: ohne London „ein Riesenfehler“.

Zwei Jahrzehnte später war es dann soweit. **Edward Heath** führte sein Land in die EWG. **Willy Brandt** hatte sich rückhaltlos dafür eingesetzt,

klug vorbereitet von **Gerhard Schröder** als Außenminister. Der Start war mühselig. Labour unter **Harold Wilson** war es, der es in einem Referendum schaffte, den Beitritt mit einer zwei Drittel Mehrheit zu bestätigen. Die Jahre danach waren schwierig. „Splendid Isolation“ gewann schließlich die Oberhand – der Populismus, angefeuert von **Nigel Farage** trieb MP **David Cameron** in ein neues Referendum, das er verlor.

**Theresa May** war die zweite Premierministerin, die politisch auf der Strecke blieb. Was wird nun aus **Boris Johnson**, dem dritten Premierminister nach zwei BREXIT Referenden? Mit der Wahl von **Joe Biden** in den USA zum nächsten Präsidenten verlieren die Brexiteers ihren stärksten Verbündeten. Gegen viele Vorhersagen hat sich die EU seit dem 1. Februar 2020 angekündigten Austritt eines ihrer bisher wichtigsten Mitglieds eher gefestigt, als dass

© iStock / Iconeer sie erodierte. Und doch: glücklich ist niemand. Mit GB verliert die EU einen Garanten der Freiheit.

Und wie ist die Stimmung in GB selbst? Offenbar leidet die Bevölkerung unter der Spaltung. Die Entscheidungen in den Referenden waren knapp und die Versprechungen der Befürworter des BREXIT kaum realisierbar und sie überschritten oft Grenzen, die Lüge von Wahrheit trennen. Schlimmer noch: die Regierung in London verhält sich wie ein Spieler, der versucht, die Regeln des Austritts selbst bestimmen zu wollen.

Fünf Wochen vor dem Ausscheiden muss EU-Chefin **Ursula von der Leyen** vor dem EP konstatieren: „Ich kann Ihnen heute immer noch nicht sagen, ob es am Ende ein Abkommen geben wird.“ Wird das ein Schrecken ohne Ende? Wie kann verhindert werden, dass hochsubventionierte Produkte zu Dumpingpreisen aus GB in die EU exportiert werden? Wie können soziale und ökologische Mindeststandards beibehalten werden? Wer entscheidet über die Einhaltung? Die verbleibenden 27 Mitglieder können eine Aufweichung geltender Prinzipien nicht hinnehmen: gleiche Wettbewerbsbedingungen, Fischereirechte und schließlich, wie Verstöße gegen das geplante Abkommen gehandelt werden.

Die EU wird die Republik Irland dabei unterstützen, ihre Beziehungen zu GB als ihr Mitglied selbstbestimmt und EU-kohärent zu gestalten. GB wiederum wird sich um den inneren Bestand seines Königreiches stärker bemühen. Am Beispiel Schottlands ist zu erkennen, wie schmerzhaft der BREXIT auch innerhalb Großbritanniens empfunden wird.

75 Jahre nach der bahnbrechenden Rede Churchills in Zürich bleibt zu hoffen: der Schaden des BREXIT kann eingedämmt werden. Wir halten die Tür offen für ein Großbritannien, das sich mit der Europäischen Union wieder vereinigen wird.

*Gert Weisskirchen*

# EU-Präsidentschaft mit verändertem Programm

Auf Präsidentschaften in der Europäischen Union muss ein Mitgliedstaat lange warten. Kaum ein Regierungschef erlebte eine zweite Präsidentschaft. Was in der Gemeinschaft der sechs, der neun, sogar der zwölf Mitgliedstaaten eine wiederkehrende Aufgabe war, verlangt in der Europäischen Union der 27 viel Stehvermögen in einer langen Wartezeit.

Nach der letzten Präsidentschaft 2007 präsidiert Bundeskanzlerin **Angela Merkel** ein zweites Mal im Ministerrat, im letzten Jahr ihrer Kanzlerschaft ein besonderer Höhepunkt ihrer politischen Karriere. Für diese Präsidentschaft entwickelte die Bundesregierung außerordentliche Anstrengungen. Im 30. Jahr der Deutschen Einheit wollte sie den erreichten Stand der deutschen Einheit darstellen und das Engagement der Bundesrepublik für den Fortgang der europäischen Integration.

Jede Präsidentschaft legt Wert auf eine eigene Handschrift, eine gestylte Präsentation ihres Landes. Präsidentschaften sind Gelegenheiten für eine „erfolgreiche“ Politik der präsidierten Regierungen nach innen und außen. Auch als touristische Werbung kann sie genutzt werden, denn der Mitgliedstaat erfährt in der Präsidentschaft zusätzliche Aufmerksamkeit.

Von diesen Erwartungen erfüllt sich bei der deutschen Präsidentschaft wenig. Die meisten Ratstagungen finden als Videokonferenzen statt. Die effektvollen Fachministerräte in ausgewählten Städten der Bundesrepublik müssen entfallen, vermutlich auch das Finale in Berlin. Jedoch ist nicht zu befürchten, dass nur das Logo von dieser Präsidentschaft in Erinnerung bleiben wird.

Die Corona-Krise, die zunächst in unterschiedlicher Intensität aber mit zunehmender Dauer

alle Mitgliedstaaten erfasste, das gesellschaftliche Leben lähmte, die wirtschaftliche Tätigkeit erschütterte und das staatliche Gesundheitswesen in die Nähe des Ruins führte, erzwang eine neue Politik. Wollten die Staats- und Regierungschefs dem absehbaren Zusammenbruch großer Wirtschaftszweige und dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht tatenlos zusehen, dann musste ein umfassendes Hilfsprogramm gestartet werden. Mit den vorhandenen Einnahmen der EU war dieses nicht zu erreichen.

© Bundesregierung



Die deutsche Präsidentschaft musste deshalb neben den Verhandlungen über den mehrjährigen Haushalt bis 2027 ein weiteres Projekt zu einem Ergebnis führen: Weitere EU-Mittel als Hilfe für die durch die Corona-Krise geschädigten Staaten. Um diese Mittel mobilisieren zu können, muss der EU erlaubt werden Kredite aufzunehmen, die langfristig getilgt werden. Kommt es zu diesem Beschluss, verlässt die EU ihre bisherige Haushaltsfinanzierung. Die bisherige Finanzverfassung wird in einem zentralen Punkt erweitert, dem weitere Finanzierungsentscheidungen nachfolgen müssen.

Der deutschen Präsidentschaft ist es gelungen, für dieses 750 Milliarden Euro umfassende Hilfsprogramm die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zu gewinnen. Doch jetzt

verweigern Polen und Ungarn die Zustimmung, weil die Auszahlung der Mittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien geknüpft werden soll. Diese Bedingung hat das Europäische Parlament durchgesetzt.

Der seit Jahren andauernde Streit mit Polen und Ungarn erhält nun eine neue Qualität. Lässt er sich nicht einvernehmlich lösen, dürften die zustimmungsbereiten Staaten eine Lösung außerhalb der Verträge suchen, weil sie die Corona-Hilfen dringend benötigen. Was zunächst als Weiterentwicklung der Union interpretiert wurde, könnte zu einer Schwächung führen.

Die Verweigerung Polens und Ungarns erstreckt sich auch auf den Beschluss über den mehrjährigen Haushalt. Die kurzfristig entstehenden Probleme lassen sich jedoch aussitzen. Eine dauerhafte Blockade können Polen und Ungarn nicht erreichen.

Die Blockadepolitik dieser EU-Mitglieder wirft Grundsatzfragen auf: Wie begegnet die Mehrheit im Rat dieser Politik? Kann sich die Europäische Union von diesen Mitgliedern lösen? Auf keinen Fall kann sie dulden, dass Außenseiter die Union schwächen oder sogar zerstören wollen. Auch ohne Polen und Ungarn ist die EU lebensfähig.

*Klaus Wettig*



Am 28.6.2020 verstarb **Klaus Francke**. Er war von 1966 bis 1978 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und von 1976 bis 1998 sowie 2001 und 2002 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. In der Nordatlantischen Versammlung leitete er von 1990 bis 1998 die deutsche Delegation. Klaus Francke vertrat seit 2012 unsere Vereinigung in der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter der Staaten des Europarates als Mitglied im Vorstand und in der Generalversammlung.

## Ehemalige Abgeordnete des Europaparlaments „besuchen“ Berlin

Am 26. und 27. Oktober stattete eine Delegation der Ehemaligen-Vereinigung des Europaparlamentes unter Leitung ihres Präsidenten

**Dr. Hans-Gert Pöttering**, Präsident des Europaparlaments a. D., Berlin einen virtuellen Besuch ab. Zu den Rednern am ersten Veranstaltungstag gehörte neben anderen auch der Vizepräsident der Ehemaligen **Jörg van Essen**.

Jörg van Essen berichtete über seine Zeit als MdB im ersten gesamtdeutschen Parlament. So war er damals u. a. auch in die Planungen zur Ausgestaltung des Parlamentsgebäudes durch zeitgenössische Künstler eingebunden. Die Kunst im Bundestag ist für den ehemaligen Abgeordneten ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur.

Der Vizepräsident der Ehemaligen stellte außerdem die Arbeit der Vereinigung vor. Kritisch hinterfragte eine Teilnehmerin das Aufnahme-prozedere. Wo hingegen früher die Aufnahme in die Vereinigung allein

durch Beitrittserklärung möglich war, entscheidet nun der Vorstand über den Aufnahmeantrag. Die Mitgliederversammlung hatte darüber in 2018 eine Satzungsänderung entschieden.

**Brigitte Langenhagen**, Mitglied im Vorstand der Vereinigung der Ehemaligen des Europaparlaments (FMA) und Vizepräsidentin der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter der Staaten des Europarates, lädt die deutschen Ehemaligen herzlich zur Teilnahme an den Online-Veranstaltungen der FMA ([www.formermembers.eu](http://www.formermembers.eu)) ein.

Den Abschluss des virtuellen Besuchs der Ehemaligen MdEP in Berlin bildete ein Gespräch mit dem Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundestagspräsident a. D. **Prof. Dr. Norbert Lammert**. So schilderte er seine Eindrücke zu 30 Jahren deutsche Wiedervereinigung. Außerdem ging er auf den Einfluss sozialer Medien auf politische Organisationen ein.



FMA-Vorsitzender Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europaparlaments a. D.

## Europäische Assoziation ehemaliger Abgeordneter der Staaten des Europarates

Auch die Europäische Assoziation (EA) konnte in diesem Jahr ihre Tagungen des Vorstands und der Generalversammlung nur online durchführen. So hätte in diesem Jahr auch die Wahl des Vorstands und neuer Präsidentschaft durchgeführt werden sollen. Aufgrund der Pandemie hat der Vorstand, in dem alle Mitgliedsorganisationen vertreten sind, beschlossen, seine Amtszeit bis zur nächsten turnusmäßigen Wahl in 2022 zu verlängern.

Auch das für dieses Jahres geplante Kolloquium „Die Zukunft Europas“ in Berlin musste leider abgesagt werden. Berichterstatter **Roland A. Kohn** hatte hierfür ein Grundlagenpapier erarbeitet. Aufgrund der durch Covid-19 bedingten Entwicklungen in Europa wird er den Entwurf aktualisieren. Im Frühjahr 2021 entscheidet der EA-Vorstand, ob das Kolloquium 2021 in Berlin durchführbar ist.

Die EA hat 23 Mitgliedsorganisationen aus 22 Ländern und dem Europaparlament. Die deutsche Vereinigung wird im Vorstand vertreten durch ihre Präsidentin **Dr. Edith Niehuis**, Parl. Staatssekretärin a. D., und **Klaus Francke** (†). Als Nachfolger für Klaus Francke hat der Vorstand **Dr. Peter Paziorek**, Parl. Staatssekretär a. D., benannt. Seine Wahl in der EA wird mit der nächsten regulären Wahl im Frühjahr 2022 stattfinden. **Prof. Dr. Uwe Holtz** ist Ehrenpräsident der EA.

# US-Wahl 2020

## Trump... und doch ein Ende

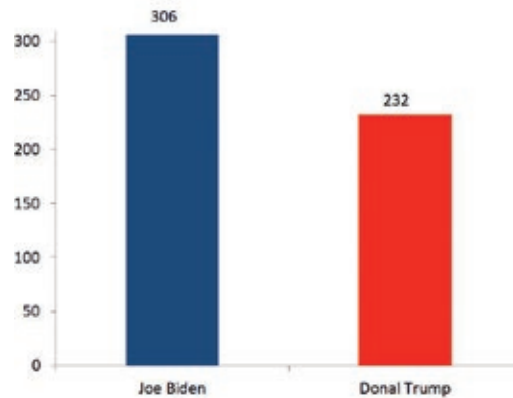
Wer einen Erdrutschsieg von **Joe Biden** erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Der Amtsinhaber schnitt überraschend (oder auch nicht) gut ab. Mit etwas „mehr Glück“ hätte **Donald Trump** Wisconsin und Georgia geholt und das Ergebnis wäre noch enger gewesen. Die Siege in Florida, Texas und Ohio sind beachtenswert. Bidens Vorsprung in der popular vote von ca. sieben Millionen Stimmen ist schon beachtlich, ist aber vor allem durch die überwältigenden Erfolge in California und New York zu erklären. Aber ohne das Gewinnen dieser beiden Staaten braucht ein demokratischer Kandidat erst gar nicht anzutreten.

Ernüchternd ist das Ergebnis für die Demokraten im Repräsentantenhaus. Ihre Verluste lassen schon heute zur Vorsicht mahnen. Sollte ihr Erscheinungsbild, und natürlich besonders das des Präsidenten, zu den Midterm Wahlen ambivalent sein, dann hätten die Republikaner durchaus eine solide Chance, die zweite Kammer zurückzuholen.

Für die ausgewogene Machtbilanz im Kongress wäre es gut, wenn sie die Mehrheit im Senat behielten. Das würde Biden „zwingen“, eine Politik der Kompromisse zu betreiben, was seinem Naturell durchaus entspricht. Sonst bestünde die Sorge, dass Trump zum Schluss doch noch recht behält. Die Agenda des linken Flügels der Demokraten um ihren Jungstar **Anastasia Ocasio-Cortes** (AOC) verheißt nichts Gutes. Ihre Absicht und das ihrer Freunde, zum Beispiel das Verfassungsgericht (Supreme Court) zu vergrößern (von 9 auf 13 Mitglieder), um dadurch eine „demokratische“ Mehrheit zu erreichen, entspricht nicht den Vorstellungen des neuen Präsidenten, mehr auf Ausgleich zu setzen (Wir sind Gegner, aber keine Feinde).

Für Amerikas Freunde und Verbündete ist die Erleichterung über die Wahl Bidens zu Recht groß. Abgesehen davon, dass Trump kein Benehmen (no decency) hat, ist seine „America first“ Politik verheerend. Dass des Öfteren die unterschiedlichsten

### Anzahl gewonnener Wahlmänner-/frauen



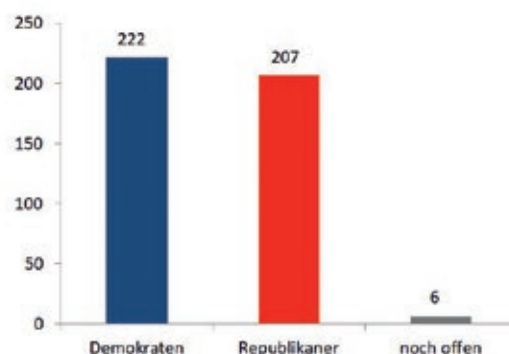
Quelle: Statista

Autokraten und Diktatoren dieser Welt besser behandelt wurden als enge Verbündete, spricht Bände.

Dennoch: auch ein Präsident Joe Biden kann es den Deutschen nicht durchgehen lassen, dass sie ihre Zusagen für einen höheren Verteidigungshaushalt (Corona hin oder her) nicht einhalten.

Die Bedeutung des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses (NATO) erfährt mit Sicherheit eine Aufwertung. Man darf davon ausgehen, daß Biden der internationalen Sicherheitspolitik generell eine höhere Aufmerksamkeit schenken wird. Es kann daran erinnert werden, daß er mehrmals Gast der Münchener Sicherheitskonferenz war. Eine Rückkehr der USA in die

### Sitzverteilung im Repräsentantenhaus



Quelle: Statista, Stand 27.11.2020

WTO wäre sehr zu begrüßen, nicht zuletzt um dem Übergewicht Chinas entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang sollte Deutschland die Chance nutzen, eine durchgreifende Reform dieser verschlammten UN-Organisation anzustreben. Trump hatte nicht immer Unrecht. Die gegenwärtige Pandemie hat gezeigt, dass eine schlagkräftige, von Korruption weitgehend freie und politisch neutrale Institution von entscheidender Bedeutung für den Gesundheitsschutz der gesamten Menschheit ist. Dies gilt vorrangig für die ärmeren Nationen. Gesundheit geht alle an, unabhängig von politischen oder ideologischen Systemen. Die USA und Deutschland (Europa) können die WTO nutzen, um im wahrsten Sinne des Wortes zu Wohlfahrt und Frieden auf unserem Planeten beizutragen.

Gleichzeitig können wir uns wieder stärker um die „persönlichen“ Beziehungen zu den Vereinigten Staaten kümmern. In Deutschland gibt es traditionell einen linken und rechten Antiamerikanismus. Dem entgegen zu wirken, muss die Verantwortung deutscher Politik sein. Und vor allem dürfen wir nicht darauf warten, dass die Amerikaner Vorschläge zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen machen, wir müssen Initiative zeigen. Mit dem Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit, unserem Kollegen Peter Beyer, hat unser Land einen hochkompetenten Kenner der Vereinigten Staaten und Kanadas, den Regierung und Parlament noch stärker als bisher für diese schwierige Aufgabe einsetzen sollten.

Klaus-Jürgen Hedrich

# Transparentes Wahlsystem schaffen

## Rechtlichen Gestaltungsspielraum nutzen

„Die Größe dieses aufgeblähten Parlamentes trägt [...] dazu bei, dass die Arbeitsfähigkeit des Bundestages genauso wie sein Ansehen bei den Bürgern leidet – auch wegen der dadurch gestiegenen Kosten.“ So mahnte Hermann Otto Solms als Alterspräsident in der konstituierenden Sitzung des 19. und bislang größten Deutschen Bundestages – und benannte drei wesentliche Gründe für die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform zur Verhinderung einer weiter wachsenden Mandatszahl: Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten, Ansehen bei den Bürgern, Kosten des Parlamentsbetriebes.

Ein Wahlrecht, welches die Zahl der Mandate im Parlament in nicht absehbarem Umfang weiter erhöht, strapaziert dessen Funktionsfähigkeit und erschwert die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten. Denn die Komplexität des parlamentarischen Aushandlungsprozesses steigt mit der Anzahl der Parlamentarier. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Wähler, der nachvollziehen kann, wie sich ihr eigenes Stimmver-

halten in der Methodik unseres geltenden Wahlrechts in Sitzverteilungen und Mandate umrechnet. Und allein der Umstand, dass die Wähler am Wahltag nicht wissen, wie viele Abgeordnete sie wählen, ist Anlass genug für eine Reform, die das Wahlergebnis in der Anzahl wie in der Verteilung der Mandate für die Wähler plausibel macht.

1996 hat der Gesetzgeber die Sollgröße des Bundestages auf 598 Mitglieder festgelegt, nachdem zuvor mit einem nach der ersten gesamtdeutschen Wahl aus 672 Abgeordneten bestehenden Bundestag Erfahrungen gesammelt worden waren, die eine deutliche Reduzierung der Zahl der Mandate nahelegten. Die Zahl von 709 Abgeordneten, die wir in der gegenwärtigen Wahlperiode haben, hat damals niemand gewollt und auch kaum jemand ernsthaft für möglich gehalten. Inzwischen gilt der Bundestag als größtes nationales Parlament westlicher Demokratien. Es handelt sich nicht um ein nur theoretisches Problem, das sich von alleine wieder auflöst.

Dass wir eine grundlegende Wahlrechtsreform brauchen, ist seit Jahren offenkundig – davon zeugt nicht zuletzt die große Zahl an vorliegenden Reformvorschlägen. Und das Risiko eines in der kommenden Legislaturperiode nochmal deutlich größeren Bundestages ist erheblich. Der mühsam

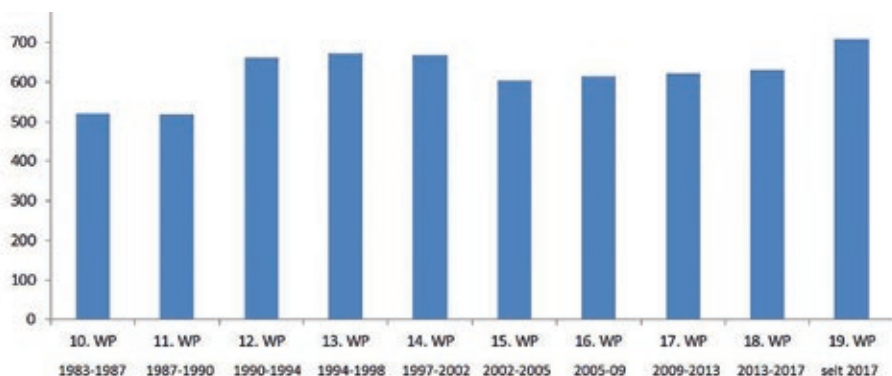


Prof. Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident a. D. Vorsitzender Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ausgehandelte und mit der Mehrheit der Koalition beschlossene Reformkompromiss wird daran wenig ändern und die Zahl der Abgeordneten des kommenden Bundestages allenfalls marginal dämpfen. Weitere Schritte zu einer gründlichen Reform des Wahlrechts sind unerlässlich.

Der dafür notwendige rechtliche Gestaltungsspielraum ist zweifelsohne vorhanden. Unser beinahe perfektes Grundgesetz regelt vieles, inzwischen vielleicht zu vieles, aber ausgerechnet nicht die Grundlagen unseres Wahlsystems. Es legt sich nur darauf fest, dass der Bundestag in freien, gleichen, allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen für vier Jahre gewählt wird, es bestimmt aber weder die Zahl der Abgeordneten, die Anzahl der Wahlkreise, das Wahlsystem oder die Fünf-Prozent-Klausel. Das alles regelt der Gesetzgeber. Er ist in seinen Gestaltungsmöglichkeiten politisch offensichtlich nicht unbefangen. Selbstverständlich spielen legitime Interessen der konkurrierenden Parteien wie der Abgeordneten eine beachtliche Rolle. Sie dürfen aber nicht ein größeres Gewicht haben als die berechtigten Erwartungen an ein faires, transparentes und plausibles Wahlsystem.

### Anzahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag seit 1983



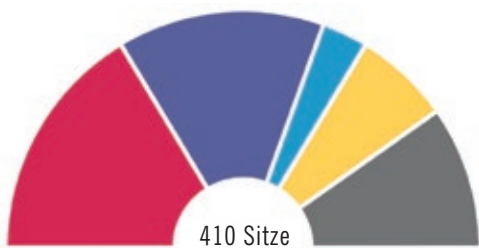
Quelle: Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2017



## Wahlrechtsreform auf den Weg gebracht

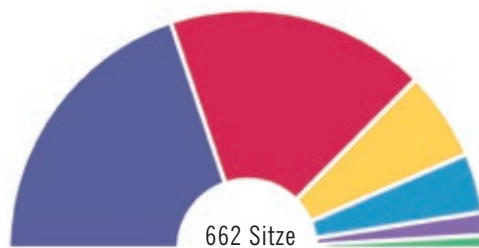
Am 8.10.2020 nahm der Bundestag den Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD zur Änderung des Bundeswahlgesetzes mit 362 Ja-Stimmen, 281 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen an.

### 1. Bundestag



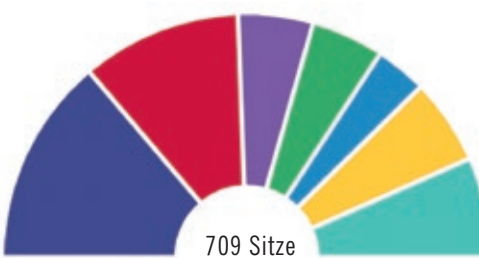
SPD	CDU	CSU	FDP	Sonstige
136	117	24	53	80

### 12. Bundestag



CDU	SPD	FDP	CSU	PDS	Grünen
268	239	79	51	17	8

### 19. Bundestag



CDU	SPD	Linke	Grünen	CSU	FDP	AfD
200	153	69	67	46	80	94

Eine Wahlrechtsreform soll nun in zwei Schritten umgesetzt werden. Die erste Reform soll schon bei der nächsten Bundestagswahl 2021 greifen. Während es im kommenden Jahr bei 299 Wahlkreisen bleibt, werden zukünftig Überhangmandate mit Listenplätzen der Partei in anderen Ländern teilweise verrechnet. Dabei soll eine ausgewogene Verteilung der Mandate auf die Bundesländer gewährleistet werden. Der Ausgleich von Überhangmandaten soll laut Beschluss erst mit dem dritten Überhangmandat beginnen.

Die größere Reform soll es dann für die übernächste Bundestagswahl 2025 geben. Dann soll die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 280 reduziert werden. Zusätzlich soll eine Kommission eingesetzt werden, die sich mit Fragen des Wahlrechts und Reformen wie bspw. der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre oder einer Verlängerung der Legislaturperiode befasst und dazu Vorschläge erarbeitet. Ergebnisse hierzu sollen bis Ende Juni 2023 vorliegen.

Auszug aus dem Bundeswahlgesetz (zuletzt geändert 14.11.2020)

#### § 6 Wahl nach Landeslisten

(5) Die Zahl der nach Absatz 1 Satz 3 verbleibenden Sitze wird so lange erhöht, bis jede Partei bei der zweiten Verteilung der Sitze nach Absatz 6 Satz 1 mindestens die Gesamtzahl der ihren Landeslisten nach den Sätzen 2 und 3 zugeordneten Sitze erhält. Dabei wird jeder Landesliste der höhere Wert aus entweder der Zahl der im Land von Wahlbewerbern der Partei in den Wahlkreisen nach § 5 errungenen Sitze oder dem auf ganze Sitze aufgerundeten Mittelwert zwischen diesen und den für die Landesliste der Partei nach der ersten Verteilung nach den Absätzen 2 und 3 ermittelten Sitzen zugeordnet. Jede Partei erhält mindestens die bei der ersten Verteilung nach den Absätzen 2 und 3 für ihre Landeslisten ermittelten Sitze. Bei der Erhöhung bleiben in den Wahlkreisen errungene Sitze, die nicht nach Absatz 4 Satz 1 von der Zahl der für die Landesliste ermittelten Sitze abgerechnet werden können, bis zu einer Zahl von drei unberücksichtigt. Die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Absatz 1) erhöht sich um die Unterschiedszahl.

#### § 55 Reformkommission

Beim Deutschen Bundestag wird eine Reformkommission eingesetzt, die sich mit Fragen des Wahlrechts befasst und Empfehlungen erarbeitet. Sie befasst sich auch mit der Frage des Wahlrechts ab 16 Jahren, der Dauer der Legislaturperiode und entwickelt Vorschläge zur Modernisierung der Parlamentsarbeit. Die Reformkommission wird darüber hinaus Maßnahmen empfehlen, um eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten und im Deutschen Bundestag zu erreichen. Die Kommission soll spätestens bis zum...

## 2020 – Ein Jahr der Jubiläen

Vielen wird es beim Rückblick auf das Jahr 2020 so gehen wie mir: Hilfe! Was war das für ein Jahr!!! Corona, Brexit, Wahl in den USA und und und... Eigentlich möchte man so manche Geschehnisse aus diesem Jahr ganz schnell vergessen. Und doch werden sie haften bleiben in unserem Gedächtnis genauso wie manche Ereignisse, die 2020 besondere Jubiläen feierten. Einige dieser Gedenkdaten rufen schreckliche Bilder in uns hervor, bei anderen sagen wir uns: gut, dass es so war.



Köln 1945: Die Alliierten bombardierten die Stadt 262 Mal. Der Dom wurde durch die zahlreichen Angriffe beschädigt, doch nicht zerstört.

Ein Tag, der mit ganz vielen schrecklichen Erinnerungen, mit Tränen und Verzweiflung, Angst vor der Zukunft aber auch mit der Hoffnung, jetzt wird wieder alles gut, verbunden ist, ist das Ende des 2. Weltkrieges. Am 8./9. Mai 1945 war der Krieg, der 6. Jahre lang durch Europa wütete und mehr als 60 Millionen Menschen das Leben kostete, vorbei. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht beendete die Kampfhandlungen in Europa.

Für sehr viele Menschen war dieser Tag der Tag der Befreiung. Deutschland wurde befreit vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das 6 Millionen Juden, Homosexuelle, Sinti und Roma und anders Denkende in Konzentrationslagern ermordete. Nie wieder Krieg – nirgendwo! Denn, ich zitiere einen Zeitzeugen: „Krieg bedeutet immer eine Niederlage für die Menschheit“.

Welch eine Zeit, welche Emotionen, welche Erinnerungen: wir feiern in diesem Jahr 30 Jahre Deutsche Einheit! Was begonnen hatte mit Demonstrationen in Leipzig, dem lauten Rufen „Wir sind das Volk“ und der eher beiläufigen Bekanntgabe der neuen DDR-Reiseregulungen, die „sofort, unverzüglich“ in Kraft treten sollte, entpuppte sich als Beginn der Wiedervereinigung Deutschlands. Noch in der Nacht strömten die Menschen aus dem Osten Berlins zu Tausenden gen Westen. Obwohl die Grenzbeamten nicht informiert waren, handelten sie behutsam: Es fiel kein Schuss, es wurde keine Gewalt eingesetzt... aus heutiger Sicht fast ein Wunder. Die Wiedervereinigung unseres bis dahin getrennten Landes nahm ihren Weg: Nach intensiven, monatelangen Gesprächen mit den vier Siegermächten wurde der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ und damit die Deutsche Einheit beschlossen. 30 Jahre danach sprechen wir zu recht von blühenden Landschaften in der ehemaligen DDR. Aus dem Satz „Wir sind das Volk“ ist der Satz „Wir sind ein Volk“ geworden. Ja, wir sind ein Volk, auch wenn es noch Unterschiede gibt, z. B. bei den Löhnen. Aber es wächst zusammen, was zusammen gehört.



© Deutscher Bundestag / Achim Mielde



Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und Amtsvorgängerin Prof. Dr. Rita Süßmuth mit Christo anlässlich der Ausstellung "Verhüllter Reichstag" 2016

Der Reichstag soll verhüllt werden? Der Wunsch des Verhüllungskünstlers **Christo** und seiner Frau **Jeanne-Claude** sorgte zumindest im politischen Berlin für heftige Diskussionen. Der damalige Bundeskanzler **Dr. Helmut Kohl** war strikt gegen die Verhüllung des Reichstages. Die Bundestagspräsidentin, also die Hausherrin, **Prof. Dr. Rita Süßmuth** (unser Mitglied) unterstützte das Projekt... und setzte sich durch. Ab 24. Juni 1995 wurde der Reichstag von 90 Fassadenkletterern in 100.000 Quadratmeter aluminiumbedampftes Polypropylengewebe gepackt. Es wurde ein Kunstwerk der Superlative, der Beginn eines Sommermärchens. Über fünf Millionen Besucher aus aller Welt bewunderten das verhüllte, symbol- und geschichtsträchtige Gebäude. Selten wurde rund um den Reichstag so unbeschwert gesungen, getanzt und gefeiert.

Am 24. Oktober 1945 gründeten 50 Staaten die Vereinten Nationen. Ziel dieses Zusammenschlusses war, den Weltfrieden und die nationale Sicherheit zu wahren, die friedliche Schlichtung aller Streitigkeiten, der Verzicht auf Gewaltanwendung, die Gleichheit und die Souveränität aller Staaten und die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten, ungeachtet der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion. Die Charta der Vereinten Nationen umfasst 111 Artikel, die in 19 Kapiteln stehen. Im September 1973 wurden die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in die Vereinten Nationen aufgenommen. Am 3. Oktober 1990 wurde aus den beiden Sitzen einer! Heute gehören 192 Staaten der UN an. Kriege konnten die UN nicht verhindern, Menschenrechten werden weiterhin weltweit missachtet. Diskriminierungen wegen des Geschlechts oder der Rasse oder Religion gibt es leider auch noch. Die Vereinten Nationen haben noch sehr viel zu tun.

© pixabay / Flavia Bobana



Skulptur „Non-Violence“ vor dem UN-Hauptquartier

© iStock / mrcobay



Beethoven zählt zu den wichtigsten Wegbereitern der Musik der Romantik

250 Jahre Beethoven. Warum ist dieses Ereignis für uns erwähnenswert? Nicht nur, weil **Ludwig van Beethoven** weltweit einer der genialsten Komponisten war und seine Sonaten, Klavierstücke oder die Opern z.B. „Fidelio“ oder „Leonore“ heute noch wahre Begeisterungstürme hervorrufen. Oder der Schlusssatz der Neunten Symphonie „An die Freude“ die Grundlage unserer Europäischen Nationalhymne ist.

Nein, wir erinnern an Beethoven, weil unsere Vereinigung plante, im Herbst dieses Jahres seinen Geburtsort Bonn zu besuchen. Dort wollten wir an diese herausragende Persönlichkeit erinnern. Die Reise nach Bonn ist ausgefallen... wegen Corona. Wir hoffen, dass wir den Besuch in 2021 nachholen können.

Rita Pawelski

# Herausforderungen annehmen

Jan Mücke



© Christian Krappa

MdB an der Weihe der Frauenkirche in der Ratsloge teilnehmen konnte, ein unvergesslicher Moment; sicher auch für die damals ebenfalls gerade frisch gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Meine Fraktion wählte mich wenig später zu einem der vier Parlamentarischen Geschäftsführer, eine unverhoffte und große Ehre. 2009 wurde ich dann Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Ich war bis 2013 im Haus von Peter Ramsauer, dem ich auch heute noch freundschaftlich verbunden bin, vor allem für die Bau- und Stadtentwicklungspolitik verantwortlich. Meine fast 13 Jahre Stadtrat und mein beruflicher Hintergrund waren für diese wichtige Aufgabe ein gutes Rüstzeug.

Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag 2013 wollte ich noch einmal etwas ganz Neues beginnen. Ich wollte unbedingt eine Herausforderung annehmen, die etwas abseits der Immobilienwirtschaft liegt und mich nicht dem Vorwurf aussetzen würde, ich wäre einer der üblichen Seitenwechsler innerhalb einer Branche. Mir liegen kontroverse Themen, die sehr umstritten sind (wie etwa die Verkehrs- und Bauprojekte Waldschlößchenbrücke oder der Autobahnneubau der A 17 nach Prag). Deshalb kam mir die Anfrage des Deutschen Zigarettenverbandes, ob ich mir seine Geschäftsführung vorstellen könnte, sehr zu pass, denn kaum ein Thema wird in der Öffentlichkeit so kritisch und kontrovers diskutiert wie das Rauchen, seine gesundheitlichen Risiken und die daraus folgende Regulierung. Also nahm ich dieses Angebot an, denn ich hatte nie irgendeine Entscheidung in Verbindung mit Tabak in meiner Zeit im Parlament und der Bundesregierung getroffen und war deshalb frei von möglichen Interessenskonflikten. Zunächst lernte ich, wie kleinteilig und fast familiär die Branche strukturiert ist und wie eng sie zusammenarbeitet. Was mich noch mehr beeindruckte, war der Transformationsprozess,

den ich nun seit fast sieben Jahren mitgestalten darf. Wir arbeiten praktisch täglich daran, Produkte mit und ohne Nikotin zu entwickeln, deren Konsum mit deutlich weniger gesundheitlichen Risiken verbunden ist wie beispielsweise die E-Zigarette, der Tabakerhitzer oder der tabakfreie Nikotinbeutel. Alle diese risikoreduzierten Produkte benötigen einen angemessenen regulatorischen Rahmen, um den Umstieg zu erleichtern und einen Mehrwert für die private und öffentliche Gesundheit zu schaffen. Deshalb habe ich sehr lange daran gearbeitet, auch die Hersteller dieser Produkte mit einzubinden und ihnen mit dem neu gegründeten BVTE Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse BVTE eine Heimat im politischen Berlin zu geben. Dabei ist mir die Souveränität der Verbraucher genauso wichtig wie ein effektives Jugendschutzsystem. Ich verwende viel Zeit auf neue Maßnahmen gerade in diesem Bereich, denn Zigaretten oder E-Zigaretten haben nichts bei Kindern und Jugendlichen zu suchen. Die Raucherprävalenz der Unter-18-Jährigen ist seit 2001 von damals fast 28 % auf jetzt nur noch 5,6 % gesunken. Ich möchte weiter daran arbeiten, dass dieser Wert weiter kontinuierlich sinkt und der Genuss von Tabak- und neuartigen Erzeugnissen mit weniger gesundheitlichen Gefahren einhergeht, auch wenn mir völlig bewusst ist, dass das Rauchen, Vapen und Snusen weiter kontrovers in der Gesellschaft diskutiert werden wird. Letztlich geht es immer um Abwägungsentscheidungen zwischen legitimen gesellschaftlichen Interessen und der individuellen Freiheit jedes Einzelnen, der auch das Recht hat, unvernünftig zu sein. Als Liberaler lote ich dieses Spannungsfeld mit Freude immer wieder neu aus. Die aktuellen Herausforderungen durch die Pandemie zeigen, dass diese Abwägungsdebatten in einer Demokratie täglich neu geführt werden müssen. Verlernen wir dabei nicht, dem Anderen zuzuhören und die Welt durch seine Augen zu betrachten.

Ich habe mich schon in der Wendezeit 1989/90 für Politik interessiert, damals noch als Schüler. Mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl Dezember 1990 wurde mein Interesse so richtig wachgeküsst, ich engagierte mich erstmals gemeinsam mit vielen Freunden in der gerade frisch gegründeten Jungliberalen Aktion Sachsen (JuliA). Wir wollten unbedingt unsere Mitwirkungsrechte als junge Menschen nutzen und kandidierten zum ersten Mal 1994 bei der Stadtratswahl in Dresden, nachdem ich ein Jahr zuvor in die F.D.P. eintrat. Neben meinem Jurastudium machte ich mich schon früh mit einem Immobilienunternehmen selbständig. Schon als junger Mensch für sich selbst Verantwortung zu übernehmen und auf eigenen Füßen zu stehen, hat mich sehr geprägt, wie auch mein Start mit 22 als jüngster Stadtrat in meiner Heimatstadt Dresden. Mich führte dieser Weg dann 2005 in den Deutschen Bundestag. Ich werde nie vergessen, wie ich als frischgewählter

# Zeit für soziales Engagement

## Heidemarie Ehlert

© privat



Als Mitglied des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2002 war ich auf Grund meiner Ausbildung und Tätigkeit im Finanz-, Haushalts-, Rechnungsprüfungs- und Petitionsausschuss tätig. Das war arbeitsintensiv, aber auch interessant.

Nach meinem Wohnortwechsel 2002 bin ich seit 2004 Mitglied des Stadtrates in Dessau-Roßlau, vorher in Halle (Saale). Noch immer beschäftige ich mich mit den Themen Haushalt und Finanzen. Ich bin Vorsitzende der Bundesfinanzrevisionskommission der Partei DIE LINKE und Revisorin im DRHV 06, Handball 2. Bundesliga, und der Finanzsportgemeinschaft der Finanzämter des Landes Sachsen-Anhalt.

2015 wurde ich zur Seniorenbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt der DStG gewählt. Als Seniorenbeauftragte halte ich auch Vorträge über die notwendigen Schritte bei Eintritt eines

Pflegefalls und den diversen gesetzlichen Möglichkeiten als Pflegeperson sowie zur Rentenbesteuerung. Für die junge Generation in der Region halte ich Reden zur Jugendweihe.

Trotz der vielen Ehrenämter bleibt mir noch Zeit für die Familie und meine zwei Enkelkinder sowie für mein soziales Engagement. Bereits seit zehn Jahren organisiere ich eine Weihnachtsfeier für 100 sozial benachteiligte Kinder in Dessau-Roßlau. Aus Datenschutzgründen werden die 100 Einladungen vom Sozialamt und dem Jobcenter verteilt. Spätestens sechs Wochen vor dem Termin wird der Aufruf zur Spielzeugsammlung im Amtsblatt der Stadt Dessau-Roßlau, in den Finanzämtern des Landes Sachsen-Anhalt und in der Tagespresse veröffentlicht. Gesammelt werden: Süßigkeiten, Bücher, gut erhaltenes Spielzeug und Plüschtiere.

Der Gabentisch ist durch die reichlichen Spenden der Bürgerinnen und Bürger, der Mitarbeiter der Finanzämter und Stadtverwaltung immer reichlich gedeckt. Die Feier wird im Saal der Dessauer Stadtwerke ausgerichtet. Das Geschirr und die Getränke werden von einer

© privat



Gabentisch für sozial benachteiligte Kinder in Dessau

Dessauer Cateringfirma gesponsert. Stolle, Plätzchen und Obst stellt uns das Klinikum Dessau zur Verfügung. Weitere Süßigkeiten kommen von den Stadtwerken und einem Einkaufszentrum der Stadt. Aus den Fotos können sie die Vielfalt des Angebotes sehen. Beim Einlass ziehen die Kinder ein Doppello. Die Losnummer bestimmt die Reihenfolge der Kinder beim Aussuchen wie folgt: ein Spielzeug, ein Buch und ein Plüschtier. Darüber hinaus werden bereits am Eingang Süßigkeiten an die Kinder verteilt.

Auch wenn Corona in diesem Jahr die Teilnehmerzahl beschränkt, wird es eine Weihnachtsfeier für sozial benachteiligte Kinder in Dessau-Roßlau geben.

Am Ostermontag verstecken wir im Stadtpark von Dessau-Roßlau Ostereier. Ein Teil der Ostereier wird mit Nummern versehen. Für die nummerierten Eier können sich die Kinder Spielsachen aussuchen. Der Osterhase verteilt Süßigkeiten. Auch das ist schon eine Tradition in Dessau-Roßlau.

Im Herbst wird der Marienkäferpreis an eine Kindereinrichtung der Stadt Dessau-Roßlau vergeben, die ein gemeinsames Projekt „Kinder – Erzieher – Eltern“ durchgeführt hat. Der Preis beträgt 500 Euro, was von den Fraktionsmitgliedern privat gespendet wird.

# Personalien

Gleich über zwei große Erfolge bei der Reform der Sozialversicherungswahl können sich die Bundeswahlbeauftragte **Rita Pawelski** und ihr Stellvertreter **Klaus Wiese** freuen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kann bei einer bundesweiten Wahl, der Sozialversicherungswahl, auch per Computer, also online abgestimmt werden. Die Wahlbeauftragten sind sicher, dass die Wahlbeteiligung erhöht und die Selbstverwaltung gestärkt wird und vor allem sich mehr junge Menschen an der Wahl beteiligen.

Außerdem hat der Bundestag eine grundlegende Reform der Sozialversicherungswahl beschlossen. Der von den Beauftragten vorgelegte „10-Punkte-Plan zur Modernisierung der Sozialversicherungswahl“ wurde Grundlage des Gesetzes. Es schreibt nicht nur mehr Transparenz bei der Aufstellung der Listen vor, sondern halbiert das Unterschriftenquorum für neue Listen.

Künftig werden mindestens 40 % Frauen in den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen sitzen, die Freistellung für Fortbildung und Sitzungen wurde klar geregelt.

Rita Pawelski: „Auch hier gilt der Satz: was lange währt, wird endlich gut.“

**Michael Kretschmer**, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, war am 12.11.2020 Gast bei *maybrit illner* zum Thema „Große Hoffnung, knappe Mittel – Kraftakt bis zur Impfung?“

Über die Wirkung der neuen Anti-Corona-Maßnahmen diskutierte mit anderen Gästen die frühere Bundesministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** am 1.11.20 bei *Anne Will*.

Ob Deutschland die richtige Strategie im Kampf gegen die Corona-Pandemie hat, fragten sich die Gäste von *Anne Will* am 25.10.2020, darunter Bundesminister a. D. **Gerhart Baum**.

Auch Thüringens Ministerpräsident **Bodo Ramelow** stellte sich am 15.10.2020 bei *maybrit illner* der Frage „Corona-Chaos – gerät die Pandemie außer Kontrolle?“

## Erlesenes



**Reinhold Hiller**  
Gestrandet in Lübeck  
Schmidt-Römhild  
Verlag, 2019  
Softcover, 128 S.,  
10,00 €  
978-3-7950-3125-1



**Jürgen Meyer**  
Charta der Grundrechte der Europäischen Union  
Nomos Verlag  
Gebunden, 1030 S.,  
148,00 €  
978-3-8487-5548-6



**Thomas Dörflinger**  
Christliche Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft  
fe-medienverlagsgs GmbH  
Softcover, 111 S.,  
5,95 €  
978-3-86357-282-2



**Klaus Wettig**  
Soziale Demokratie und Geschichte  
Wallstein Verlag, 2020  
Gebunden, 452 S.,  
26,00 €  
978-3-8353-3855-5

## Im Archiv wiederentdeckt...



**Eugen Gerstenmaier**  
Streit und Frieden hat seine Zeit –  
Ein Lebensbericht  
Propyläen, 1982



**Peter Glotz**  
Die Innenausstattung der Macht  
Politisches Tagebuch 1976 – 1978  
Steinhausen, 1979



**Liselotte Funke (Hrsg.)**  
Frauen in der Politik  
Die Liberalen  
Frei sein, um andere  
frei zu machen  
Seewald, 1987

Auf der Internetseite der Vereinigung [www.vemdb.de](http://www.vemdb.de) finden Sie eine Auflistung der vorhandenen Bücher, die Sie kostenfrei ausleihen können.

# Die Geschäftsführerin informiert

Die Pandemie hat nicht nur das private Leben erheblich auf den Kopf gestellt, sondern auch den beruflichen Alltag durcheinander gebracht. Die „freie Zeit“ der letzten Monate nutzten unsere Mitarbeiterinnen, die Akten der verstorbenen Mitglieder neu zu ordnen. Unzählige Ordner wurden gesichtet. Die wichtigsten Unterlagen hat die Geschäftsstelle aufgehoben und in einem „Mitgliederarchiv“ gesammelt.

Die persönlichen Briefe bezeugen das freundschaftliche Verhältnis der Mitglieder untereinander. Es wird an gemeinsame Veranstaltungen, aber vor allem auch an die gemeinsame Zeit im Bundestag erinnert. Einige Mitglieder berichten von ihrer Rückkehr in den Beruf, andere über ihre Vereinsarbeit oder neue Ämter. In ihren Schreiben machen sich die Mitglieder aber auch Luft über Kollegen oder zeigen sich besorgt bspw. über die zunehmende Politikverdrossenheit oder die Entwicklung in der eigenen Partei. Walter Becher hat sich schon 1995 für eine Verkleinerung des Bundestages ausgesprochen.

Einige Dokumente haben uns zum Schmunzeln gebracht. So bedankt sich **Werner Buchstaller** für jedes einzelne Geburtstagsgeschenk – alphabetisch sortiert vom Aperitif über Schallplatten bis zum Zierteller. **Josef Felder** berichtet über das Jahr 1923, als er in zwei Monaten dreifacher Vater wurde und für Kinderwagen 1 Milliarde Mark ausgab.

Wir erfahren von persönlichen Glücksmomenten, Auszeichnungen und Jubiläen. Wir



Josef Felder im Alter von 93 Jahre

lesen aber auch von Schicksalsschlägen und traurigen Lebensabschnitten der Mitglieder. So berichtet **Otto Eisenmann** über seine Kriegsgefangenschaft in England. Seine Frau erhielt bei Kriegsende die Nachricht, dass er gefallen sei. Erst zwei Jahre später erfuhr sie, dass ihr Mann noch am Leben war.

Ein Leserbrief von **Erwin Folger** brachte ihm fast einen Schulverweis ein. Dass er bereits mit 17 Jahren in die SPD eintreten konnte, verdankt er einer Ausnahmegenehmigung des damaligen Parteisekretärs. Die von ihm und seinem Bruder verfassten Sitzungsprotokolle wurde bei mehreren Hausdurchsuchungen 1933 beschlagnahmt.



Fragebogen der Militärregierung, 1946

**Eugen Glombig** schreibt über das Aufwachsen als Behinderter im „Krüppelheim“. Trotz des Traumas, dass er mit dieser Zeit verbindet, hat das Heim ihn etwas Wesentliches gelehrt – Solidarität. Berührt hat auch der Brief von **Harri Bading**, der sich für Glückwünsche zum Geburtstag bedankt und zugleich einen „letzten Gruß“ schickt. Nur wenige Monate nach dem Schreiben verstarb er.



Zeichnung von Gerhard Fritz: Mexiko 1977

Einige Unterlagen rufen besonderes Interesse hervor: So berichtet Josef Felder in einer Antwort auf einen Leserbrief über die Vorgänge im Reichstag vom 23.03.1933 und 17.05.1933. In den Unterlagen von **Elisabeth Ganswindt** befindet sich ein Militärfragebogen von 1946. In der Akte von **Helmut Lenders** liegt die Dokumentation zum 1. Arbeitstreffen der Verbraucherorganisationen aus DDR und BRD. Hinzu kommen Reden, Zeitungsausschnitte und Protokolle, aber auch Gedichte der Mitglieder und Postkarten aus aller Welt (siehe Titelbild). Längst nicht alle Akten wurden gesichtet. Hierzu wird es sicherlich auch in Zukunft noch Interessantes zu berichten geben...

**Wir wünschen frohe und besinnliche Feiertage. Alles Gute, Gesundheit und Zuversicht für 2021.**

90 Jahre

- 28.02. Helmut Rode  
31613 Wietzen
- 31.03. Eberhard Pohlmann  
31789 Hameln
- 07.05. Erich Henke  
50935 Köln
- 18.06. Maren Günther  
12103 Berlin

85 Jahre

- 09.01. Dr. Klaus-Dieter Uelhoff  
Staatssekretär a. D.  
48149 Münster
- 27.01. Prof. Dr. Olaf Schwencke  
14057 Berlin
- 03.02. Gertrud Dempwolf  
Parl. Staatssekretärin a. D.  
37520 Osterode
- 26.02. Karl-Heinz Walkhoff  
Oberstudienrat a. D.  
33184 Altenbeken
- 17.03. Klaus Lohmann  
Bürgermeister a. D.  
58454 Witten
- 01.03. Dr. Lukrezia Jochimsen  
20099 Hamburg
- 26.03. Prof. Dr. Jürgen Meyer  
79199 Kirchzarten
- 02.04. Heinz-Alfred Steiner  
58640 Iserlohn
- 25.05. Dr. Wilfried Penner  
Wehrbeauftragter Dt.  
Bundestag a. D.  
42113 Wuppertal
- 14.06. Hanna Wolf  
80637 München

80 Jahre

- 02.01. Dr. h. c. Johannes Gerster  
Regierungsdirektor a. D.  
55116 Mainz
- 16.01. Klaus Bühler  
76646 Bruchsal
- 22.01. Prof. Dr. jur.  
Wolfgang Freiherr  
von Stetten  
74653 Künzelsau

80 Jahre

- 26.01. Dr. h. c. Wolfgang Roth  
53115 Bonn
- 08.02. Prof. Dr. Eckhart Pick  
Parl. Staatssekretär a. D.  
55122 Mainz
- 13.02. Konrad Gilges  
50825 Köln
- 13.02. Walter Hirche  
Parl. Staatssekretär a. D.  
30657 Hannover
- 07.03. Günter Schlatter  
50968 Köln
- 12.03. Wolfgang Gröbl  
Parl. Staatssekretär a. D.  
83627 Wangau
- 28.03. Holger Bartsch  
03222 Lübbenau
- 11.04. Karsten D. Voigt  
Volkshochschul-  
direktor a. D.  
10555 Berlin
- 12.04. Dieter Auch  
72636 Frickenhausen
- 03.05. Peter Männing  
14169 Berlin
- 09.06. Dr. Dieter Schulte  
Parl. Staatssekretär a. D.  
73529 Schwäbisch  
Gmünd
- 10.06. Horst Kubatschka  
84032 Landshut
- 17.06. Renate Jäger  
01328 Dresden
- 21.06. Dr. Manfred Vohrer  
79244 Münstertal

75 Jahre

- 16.01. Hannegret Hönes  
65527 Niederhausen
- 07.02. Dr. Berthold Reinartz  
40479 Düsseldorf
- 17.03. Sabine Fache  
04600 Altenburg
- 04.04. Werner Wittlich  
56581 Kurtscheid
- 08.04. Johannes Pflug  
47166 Duisburg

75 Jahre

- 12.04. Helmut Wilhelm  
92224 Amberg
- 15.04. Winfried Nachtwei  
48161 Münster
- 20.04. Dr. Sabine Bergmann-  
Pohl  
Bundesministerin a. D.  
15738 Zeuthen
- 04.05. Monika Brudlewsky  
39387 Oschersleben
- 12.05. Dr. Horst Schnellhardt  
38895 Halberstadt
- 19.05. Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
70173 Stuttgart
- 22.05. Brigitte Wimmer  
76199 Karlsruhe
- 26.05. Ruprecht Polenz  
48151 Münster

70 Jahre

- 01.01. Dr. h. c. Ulrike Flach  
Parl. Staatssekretärin a. D.  
45468 Mülheim
- 01.01. Ulrich Stockmann  
10629 Berlin
- 10.01. Holger Ortel  
27755 Delmenhorst
- 22.01. Cajus Caesar  
32689 Kalletal
- 05.02. Bernhard Schulte-  
Drüggelte  
59519 Möhnesee
- 13.02. Albert Schmidt  
12159 Berlin
- 20.02. Heidi Wright  
97753 Karlstadt
- 04.03. Dr. h. c. Edelgard  
Bulmahn  
Bundestagsvize-  
präsidentin a. D.  
30449 Hannover
- 08.04. Dr. h. c. Gerd Andres  
Parl. Staatssekretär a. D.  
30655 Hannover
- 13.04. Michael Jung  
65627 Elbtal

70 Jahre

- 20.04. Gabriele Lösekrug-Möller  
Parl. Staatssekretärin a. D.  
31787 Hameln
- 24.04. Heinz Paula  
86163 Augsburg
- 18.05. Dr. Martina Bunge  
Ministerin a. D.  
18119 Rostock
- 18.05. Karl Schiewerling  
48301 Nottuln
- 15.06. Uda Heller  
06536 Südharz
- 26.06. Elvira Drobinski-Weiß  
79183 Waldkirch
- 26.06. Prof. Dr. Jürgen Rüttgers  
Bundesminister a. D.  
50226 Frechen

Wir gedenken

Herbert Frankenhauser  
† 06.05.2020

Wolfgang Krause  
† 04.06.2020

Klaus Francke  
† 28.06.2020

Dr. Rainer Jork  
Parl. Staatssekretär a. D.  
† 23.07.2020

Dr. Inge Segall  
† 21.08.2020

Ernst Hinsken  
Parl. Staatssekretär a. D.  
† 30.08.2020

Dr. Angelika Köster-LoBack  
† 12.11.2020

**Datenschutz:** Die Vereinigung nimmt den Datenschutz der Mitglieder und aller Anfragenden ernst. Ihre personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. So geben wir Ihre Daten an Dritte nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung weiter.

**Herausgeber:**  
Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen  
Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.  
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin  
Telefon: 030 / 22 79 20 28 · Fax: 030 / 22 79 20 29  
E-Mail: vemdb@t-online.de  
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

**Redaktion:**  
Rita Pawelski, Geschäftsführerin  
Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen  
Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.  
(v. i. S. d. P.)  
Rita Pawelski, Carmen Pägelow, Maria Korinth  
Redaktionsschluss: 4.12.2020

**Realisierung:**  
Konzeption, Layout: Holger Ebeling  
Druck: MOTIV OFFSET GbR